

# „Muss die Bundesbank nicht Angst haben?“

FAZ 28.6.2010 \

Die Aufarbeitung der Finanzkrise lässt Ökonomen nicht los. Auf den Hayek-Tagen suchten sie nach Wegen zu einer effektiveren Regulierung.

hig. MÜNSTER, 27. Juni. Die Gipfeltreffen in Kanada zeigen, wie schwer sich die Politik auch im zweiten Jahr der Finanzkrise tut, sich international auf neue Regeln für die Weltfinanzmärkte zu verständigen. Auf nationaler Ebene jedoch schaffen immer mehr Länder Fakten, um das Risiko systemrelevanter Bankzusammenbrüche zu verringern. Dieses „Vorpreschen“ wird in der öffentlichen Debatte eher negativ beurteilt oder als Notlösung gesehen auf dem Weg zu einer einheitlichen Regulierung, die gemeinhin im Sinne eines fairen und sicheren Bankenwettbewerbs als wünschenswerter angesehen wird. Doch nicht alle Ökonomen oder Wirtschaftspolitiker teilen diese Sichtweise. Das wurde auf den Hayek-Tagen in Münster deutlich, die – parallel zum Gipfelgeschehen – um Ursachen und Folgen der Finanzkrise kreisten.

Die Zustimmung zu einer einheitlichen Regulierung setzt die Zuversicht voraus, dass Politik überhaupt wissen kann, welche Regeln die besten wären. Skepsis gegenüber dieser „Anmaßung von Wissen“ eint viele der in Münster versammelten Anhänger des staatskritischen österreichischen Liberalen Hayek (1899 bis 1992) mit dem – ihnen sonst eher fernste-

henden – staatsgläubigen amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman. „Koordinierte Regulierung birgt die Gefahr, dass alle Länder am Ende den gleichen Fehler machen“, sagte der Soziologe Erich Weede (Bonn) unter Bezugnahme auf Krugman auf der Veranstaltung der Friedrich-August von Hayek-Gesellschaft. Thorsten Polleit, Chefvolkswirt bei Barclays Capital, macht sogar schon eine Gegenbewegung gegen die „Monokultur des Interventionismus“ aus.

Frank Schäffler, der für die FDP im Bundestagsfinanzausschuss sitzt, verwies auf die Lernkurve und die Möglichkeit, Irrwege schneller zu beheben, wenn neue Regeln, etwa das geplante Verbot ungedeckter Leerverkäufe, die Bankenabgabe oder die (von ihm kritisierte) Finanztransaktionssteuer auf nationaler Ebene eingeführt werden. „Wenn die Finanztransaktionssteuer international eingeführt wird, werden wie sie viel schwerer wieder wegkommen“, sagte Schäffler. Für die Bundesbank vertrat Finanzaufseher Karl-Heinz Walch hingegen nachdrücklich „die Idee einer koordinierten Regulierung“, auch wenn der Preis für die Abstimmung Zeitverzögerung sei. Das sei eine Bewährungsprobe für das G-20-Format.

Freilich spiegelte die Debatte weiterhin auch Ratlosigkeit darüber, welche Regeln geeignet sein könnten, Banken Krisen vorzubeugen. Das liegt an der nicht abgeschlossenen Analyse und Gewichtung der Ursachen der Finanzkrise, die sich mittlerweile zur Staatsschuldenkrise geweitet

hat. Für manchen geht die Regulierungsfrage am Kern des Problems vorbei. Der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Klaus-Werner Schatz rückte die verfehlte amerikanische Geldpolitik ins Zentrum. Polleit wiederum steht für jene radikalen Kritiker, die die gesamte Geldordnung für falsch halten.

Da wiederum, wo man sich halbwegs einig ist, fehlt es dann oft an praktikablen Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen. So

---

„Koordinierte Regulierung birgt die Gefahr, dass alle gleiche Fehler machen.“

Erich Weede, Soziologe

---

wurzelt für den peruanischen Ökonomen Hernando de Soto die Misere in der groben Verletzung der Transparenzstandards. Die pyramidenartig aufgetürmten Derivatengeschäfte seien nicht so dokumentiert worden, dass man sie verstehen könne und damit wisse, wer was wirklich besitze. „Damit ist das elementare Informationssystem des Westens zusammengebrochen“, sagte de Soto, der einer der einflussreichsten Regierungsberater in Entwicklungsländern ist. Mit Hilfe der klaren Dokumentation von Eigentumsrechten habe der Westen im 19. Jahrhundert ein geordnetes Geschäftsleben und damit wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand er-

möglicht. Das unterscheide ihn von den ineffizienten Schattenwirtschaften der Dritten Welt. Sein Rat: „Fakten zusammentragen über das Volumen und die Besitzverhältnisse an den Ramschpapieren. Sonst fliegen wir weiter blind.“

Transparenz einzufordern – darüber war in Münster rasch Konsens erzielt. Strittiger bleibt der einzuschlagende Regulierungsweg. Das gilt auch für die von Schäffler vorgetragene Forderung, Banken zu einem vorsichtigeren Geschäftsgebaren zu bringen, indem sie künftig wieder damit rechnen müssten, dass der Staat sie im Fall einer Insolvenz nicht mehr auffange. „Marktaustritt ist am Ende der beste Regulierer“, sagte Schäffler, ließ aber durchblicken, dass sich die Arbeit an einem Gesetz schwierig gestalte.

Daher setzt die Bundesbank lieber auf – international abgestimmte – höhere Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken, möglichst risikogewichtet und so gestaltet, dass im Aufschwung ein Kapitalpuffer für Abschwünge angelegt wird. Die Verteuerung riskanter Geschäfte soll Banken dazu bringen, weniger Risiken einzugehen. Doch schon die Frage, welche Bank „systemrelevant“ ist, lässt sich nicht klar beantworten. Das sei eine Frage der Größe, Vernetztheit und der Ersetzbarkeit der Bank. Walch räumte ein: „Wenn es um die konkrete Definition geht, wird es sehr schwierig.“ Und so dürfte mancher Weede zustimmen, der eingangs gefragt hatte, ob die Bundesbank nicht Angst davor haben müsse, was ihr von der Politik da aufgeladen werde.